

DIE LINKE.Potsdam fordert:

Eine sozialverträgliche Stadtentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussantrag: einstimmig angenommen

Wir wollen ein Potsdam für alle; eine Stadt, in der sich die Bürger aller sozialen Schichten und Altersgruppen, Studenten und auch Touristen wohlfühlen. Wir wünschen uns ein Potsdam mit gut ausgestatteten Wohnungen, mit einem attraktiven Wohnumfeld und bezahlbaren Mieten in allen Stadtteilen.

Wir brauchen eine Stadtentwicklung unter Beachtung aller sozialen, demografischen, ökologischen, wirtschaftlichen und fiskalischen Aspekte.

Deshalb fordern wir in Anbetracht der gegenwärtigen Fehlentwicklungen ein entsprechendes strategisches, zukunftsorientiertes Umdenken in der Stadtentwicklung wie folgt:

- 1. Die Stadtentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam hat sich am Leitbild einer "sozialverträglichen Stadtentwicklung" zu orientieren.**

Bei der Planung und Realisierung ist den sozialen Bedürfnissen aller Einwohner ein höherer Stellenwert beizumessen als bisher. Dieser Bedürfnisse haben Vorrang gegenüber fiskalischen Interessen des Stadtkämmerers und den wirtschaftlichen Interessen der Investoren. Eine Unterwerfung des Wohnungsbaus unter fast ausschließliche wirtschaftliche Erwägungen lehnen wir strikt ab.

Unter dieser Prämisse sind die Richtlinien zur Stadtentwicklung künftig zu erstellen.

- 2. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerschaft sowie die Gestaltungs- und Kontrollrechte der Stadtverordneten während der Planung und Realisierung der Stadtentwicklung sind zu verbessern. Schluss mit intransparenten Verfahren.**

3. Zur Sicherung der Daseinsvorsorge ist ein sorgsamer Umgang mit dem kommunalen Eigentum - Grundstücksflächen, Immobilien, Betriebe - zwingend geboten.

Wir sehen in der Stärkung des kommunalen und genossenschaftlichen Eigentums die Grundvoraussetzung, um Politik und Stadtverwaltung in die Lage zu versetzen, ihren Einfluss und ihre Gestaltungsvorgaben geltend zu machen. **Deshalb fordern wir eine Kurskorrektur bezüglich des Grundstücksmanagements.**

3.1 Schluss mit der Praxis von Grundstücksverkäufen zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung. Vorrang muss die langfristige Erhaltung und Stärkung des kommunalen Eigentums haben.

3.2 Bei der Grundstücksverwertung ist der Verpachtung (Erbbaurechte) gegenüber einem Verkauf der Vorzug zu geben. Die im städtischen Besitz befindlichen Grundstücke sollten nur im Einzelfall und nach genauer Prüfung zum Verkauf angeboten werden.

3.3 Die Grundstücksverwertung muss sich an der Nachhaltigkeit der Standortentwicklung orientieren. Hierzu bedarf es der Festlegung der Entscheidungskriterien.

DIE LINKE. Potsdam fordert die Erstellung einer Bieterrichtlinie zur Durchführung von Verpachtungen (Erbbaurechten) und Grundstücksverkäufen. Eine solche Richtlinie soll es ermöglichen, alle Marktteilnehmer (Privatinvestoren, Genossenschaften, kommunale Unternehmen) auf den gleichen Verhandlungsstand zu bringen und die Entscheidung nach den von der Politik vorgegebenen Kriterien zu treffen. In dieser Richtlinie sind alle erforderlichen Aspekte aufzunehmen und in einem Punktesystem zu gewichten. Wesentliche inhaltliche Aspekte sind hierbei:

- nachhaltiges Bauen im Neubau und bei der Gebäudesanierung
- sozialverträgliche Mieten
- Investitionen in die wohnortnahe Infrastruktur
- Einhaltung der Klimaschutzziele
- Gewährleistung von Barrierefreiheit

- Berücksichtigung der Baukultur
- und andere

Begründung:

Die in Potsdam von Investoreninteressen dominierte Bebauung führt zu immer größeren Widerständen in der Bürgerschaft. Insbesondere die negativen sozialen, ökologischen, architektonischen und fiskalischen Folgen fordern die Kritik an der Stadtentwicklung heraus.

Ein strategisches, zukunftsorientiertes Umdenken in der Stadtentwicklung ist aus sozialen, demografischen, ökologischen, wirtschaftlichen und fiskalischen Aspekten - insbesondere aus folgenden 3 Gründen - notwendig:

1. Die gegenwärtige Stadtentwicklung verschärft die sozialen Probleme. Das Recht auf Stadt ist ALLEN vorbehalten. Ohne Beachtung der Sozialverträglichkeit wird die Kluft zwischen den sozialen Schichten der Potsdamer Bevölkerung weiter zunehmen. Ohne sozialverträgliche Orientierung werden wir in Potsdam eine zunehmende Verdrängung von sozial schwachen Bürgern aus ihren angestammten Quartieren und eine Verschlechterung des Wohnumfeldes von bestimmten Stadtteilen haben. Eine zunehmende Spaltung der Stadt in bessere und schlechte Wohnviertel wird letztlich zu sozialen Spannungen führen.
2. Die gegenwärtige Bautätigkeit orientiert sich stark an den Interessen der Investoren und am Haushalt und immer weniger am gesellschaftlichen Bedarf. Somit bleiben zunehmend die sozialen, demografischen, ökologischen und wirtschaftlichen Aspekte der Stadtentwicklung und die gestaltende Kraft der Politik auf der Strecke.
3. Die gegenwärtige Praxis, durch Immobilienverkäufe den Haushalt kurzfristig zu konsolidieren, hat schwerwiegende langfristige Folgen. Dadurch untergräbt die Landeshauptstadt Potsdam ihre Bonität und ihren künftigen Handlungsspielraum zur Sicherung der Daseinsvorsorge.